



I. Ebene : Abwehr

BGH früher:

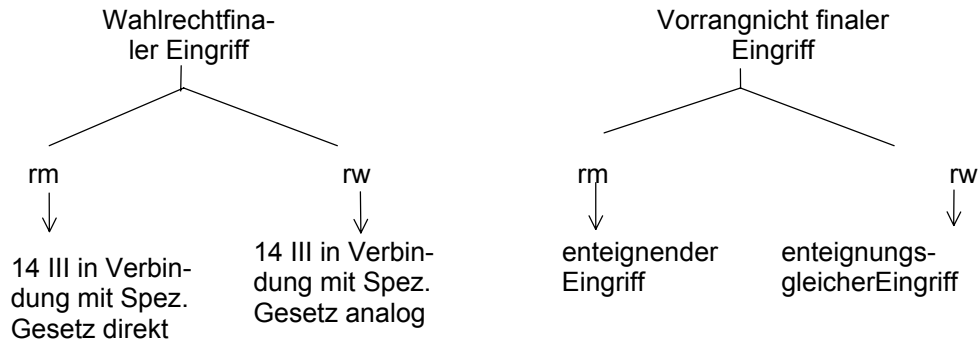
nur ein Grundrecht aus 14 I GG sowohl für finale wie nicht-finale Eingriffe.

BVerfG heute:

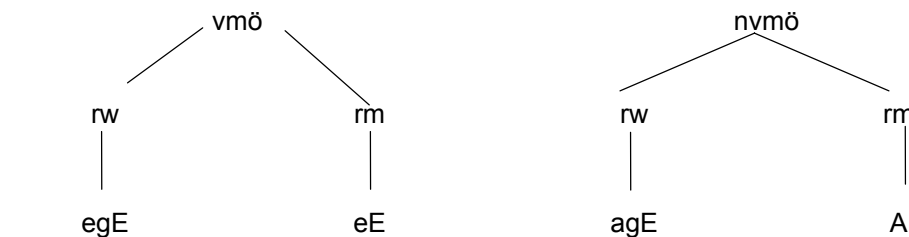
finaler Eingriff: Abwehr aus 14 I in Verbindung mit III

nicht-finaler Eingriff: Abwehr aus 14 I in Verbindung mit III

1. Ebene: Entschädigung BVerfG heute



74, 75 Einl.ALR



- 1) Eingriffsobjekt
- 2) Eingriff
 - a) hoheitlich
 - b) unmttl.
 - c) rw/rm
- 3) Sonderopfer
- 4) Allgemeinwohl
- 5) Mitverschulden



Anspruch aus enteignendem / enteignungsgleichem Eingriff

1. Vorüberlegung (nicht schrift.)
 - vermög.werte R.e betroffen, sonst AufopferAS
 - kein finaler Enteignungszugriff im Sinne des Art. 14 III GG
 - keine spezialges. Anspr.grundlage
2. Anspruchsgrundlage
 - kurze Ablehnung d. Art. 14 III GG, da d. ges. AS voraussetzt
 - Herleitung aus GewohnheitsR in Verbindung mit §§ 74, 75 EinlALR
3. Tb-Voraussetzungen
 - 1) Eingriffsobjekt
 - Nachteil am Eigentum i.S.d. Art. 14 I GG; hier gegebenenfalls bloße Chancen usw. aussortieren;
 - 2) Eingriff
 - a) ör. Handeln einschl. d. schlicht hoheitl. Handelns
 - Problem: Handeln durch Unterlassen ?
 - hM kein Eingriff, Ausn: „qual. Unterlassen“ a.A. Unterlassen bei entgegenstehender R.pflicht reicht
 - b) Unmittelbarkeit d. Nachteils durch d. Maßnahme
 - kein Dazwischentreten von and. Umständen von einigem Gewicht
 - Realisierung d. durch d. Maßnahme geschaffenen - typ. Gefahrenlage
 - c) Maßnahme rm. od. rw. ?
 - wenn rw: Sonderopfer durch d. Rw indiziert
 - keine weitere Prüfung zu diesem Punkt
 - enteignungsgleicher Eingriff geg.
 - 3) Sonderopfer
 - nur wenn Maßnahme rm war
 - a) Abgrenzung nach Kombination von Schweretheorie, Sonderopfertheorie und weiteren Theorien
 - b) bei Eingriffen in Grundvermögen von benachbartem Grundvermögen § 906 BGB entsprechend
 - c) bei allem d. Situationsgebundenheit von Grdst (Gew.betrieb) beachten.
 - 4) Allgemeinwohl
 - 5) Rechtsfolge
 - a) angemessene Entschädigung
 - nur Substanzverlust, nicht entgangener Gewinn, Ausn.: kurzfristiger Eingriff in Gew. Betrieb.
 - b) § 254 BGB entspr.
 - Betroffener hat kein WahlR zwischen Eingriff und Entschäd.AS od. ger. Abwehr d. rw. Eingriffs; wehrt er sich bei erkennbar rw. Eingriff nicht verwalt.ger., dann muss er sich das als Mitverschulden anrechnen lassen u. verliert seinen AS.



- 1) Tatbestand
39 I a OBG rechtmäßige Inanspruchnahme als Nichtstörer
39 I b OBG rechtswidrige Maßnahme
(Erfolg muss rw sein. Maßnahme > VA)
- 2) Berechtigter
Störer, Nichtstörer, unbeteiligter Dritter,
- 3) Schaden
an Eigentum, Körper, Leben
- 4) Mitverschulden
nach 40 IV OBG anspruchsmindernd
- 5) Ausschluss
nach 39 II OBG wenn wirklich
 - anderweitigen Ersatz erhalten
 - sein Vermögen usw. objektiv geschützt wurde
- 6) Inhalt und Umfang
40 I, II OBG Entschädigung in Geld. Kein Schmerzensgeld.
- 7) Konkurrenzen
Verdrängt als kodifizierter Sonderfall alle Aufopferungsansprüche aus 74, 75 ALR.
839 bleibt (arg. 40 V OBG)
- 8) Sonstiges:
Verjährung: 41 drei Jahre ab Kenntnis
Entschädigungspflichtiger: 42 OBG
Rechtsweg: 43 OBG Abs I: ord. Gerichte
Abs. 2: VG



Leistungsstörung bei verwaltungsrechtlichem Schuldverhältnis

- 1) verwaltungsrechtlich: ö.r. Ausgestaltung
- 2) Schuldverhältnis
 - a) Zustandekommen
 - b) Sonderbeziehung
 - c) Fürsorge
- 3) Ansprüche aus §§ 280 ff BGB
Problem: Haftungsausschluss
254 BGB gilt
- 4) Rechtsweg: 40 II VwGO



1. Vorüberlegung

- Ist Ziel Schadensersatz oder Wiederherstellung (dann FBA)
- liegt spezialgesetzlicher Ausschluss bezüglich d. Überleitung auf d. Staat vor, z.B. RBHG ?
- Anspruchsgrundlage § 839 BGB, Art. 34 GG

2. Tatbestandsvoraussetzungen

2.1 Amtsträger

- Beamter im haftungsrechtlichen Sinn einschl. Beliehener u. Verwaltungshelfer
- Probleme: selbständiger Unternehmer
 - nur dann, wenn als Werkzeug anzusehen (außer in Eingriffsverwaltung)

2.2 in Ausübung eines öffentlichen Amtes

2.2.1 in Ausübung → nicht nur bei Gelegenheit

2.2.2 öffentliches Amt = hoheitliche Tätigkeit

Probleme:

Teilnahme am Straßenverkehr

Verkehrssicherungspflichten

2.3 Amtspflichtverletzung

Unterscheide Amtspflichtverletzung -Rechtspflichtverletzung

2.4 Drittbezogenheit der verletzten Amtspflicht

2.4.1 Drittschützende Wirkung ?

2.4.2 gehört Geschädigter zum geschützten Pers.kreis ?

- anderer Verwaltungsträger nur, wenn der Behörde wie Privatperson gegenüberstehend

2.4.3 Konkretes Rechtsgut geschützt ?

- v.a. Vermögensinteresse teilweise nicht erfasst

Sonderproblem:

Rechtssetzungsmaßnahmen:

- form. Gesetze u. VOen idR ohne Drittbezogenheit, da nur Aufgabe gegenüber d. Allgemeinheit erfüllend, Ausnahme Einzelfallgesetze
- Satzungen von Selbstverwaltungskörperschaften
- grundsätzlich wie Gesetze
- Ausn.: Bebauungsplan § 10 BauGB wegen des Abwägungsgebotes, lt. BGH nur dann, wenn Gebot d. Rücksichtnahme eingreift.

2.5 kausaler Schaden

- gilt Adäquanztheorie

2.6 Verschulden

- Vorsatz und Fahrlässigkeit
- Maßstab objektiviert anhand pflichtgetreuer Durchschnittsbeamter
- bei Ablehnung RW durch Kollegialgericht idR kein Verschulden, aber *Ausnahme* mögl.



3. Einschränkungen u. Ausschluss

3.1 Subsidiaritätsklausel, § 839 I 2 BGB

3.1.1 Voraussetzungen:

- fahrlässige Amtspflichtverletzung
- anderweitiger Ersatzanspruch besteht
- dieser Anspruch durchsetzbar und Durchsetzung zumutbar.

3.1.2 Einschränkungen

Das Verweisungsprivileg wird nicht angewendet bei:

- Ersatzanspruch gegen anderen Verwaltungsträger gerichtet
- bei Teilnahme am Straßenverkehr Verkehrssicherungspflicht
- Ersatzanspruch beruht auf eigener Leistung des Geschädigten

3.2 Richterprivileg § 839 II BGB

3.3 Mitverschulden

3.3.1 Rechtsmittelversäumnis § 839 III BGB

- unmittelbar gegen schädigende Amtshandlung gerichtete zulässige Rechtsmittel *streitig*, ob formlose Rechtsbehelfe (Dienstaufsichtsbeschwerde z.B.) hierzu rechnen
- Kausalität der Nichteinlegung für Schadenseintritt
bei teilweisem Erfolg d. Rechtsmittels Anwendung des § 839 III BGB auf diesen Teil

- Verschulden

3.3.2 § 254 BGB, sofern sich Mitverschulden nicht auf Nichteinlegung d. Rechtsmittel bezieht.

3.4 Sonderges. Haftungsbeschränkung

contact: info@juristische-methodik.de